



Grüne KV Köln, Ebertplatz 23, 50668 Köln
Team #mitmischen
Jugendzentrum anyway
Kamekestr. 14
50672 Köln
PER MAIL

KREISVERBAND KÖLN

Katja Trompeter **Frank Jablonski**
Vorsitzende Vorsitzender

Britta Eschmann
Wahlkampfmanagerin

Ebertplatz 23, 50668 Köln
0221 73298-56
britta.eschmann@gruenekoeln.de
wahlkampf@gruenekoeln.de
www.gruenekoeln.de

Köln, 29.07.2020

Antwort WPS anyway

1.1

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie im kommenden Rat dafür Sorge tragen, dass sich die Lebenssituation von LSBT*Q-Jugendlichen im Vergleich zum status quo verbessert?

Damit alle Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt gut heranwachsen und ihre Persönlichkeit entwickeln können, benötigen sie ausreichenden Wohnraum, Freiflächen und Raum zum selbstbestimmten Spielen und Treffen, gute Bildungs- und Betreuungsangebote. Sie benötigen Schutz vor Gewalt oder Vernachlässigung. Da neben Elternhaus und Schule aber auch die Offene Jugendarbeit eine wichtige Aufgabe in der Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen übernimmt, müssen mit der wachsenden Zahl von Kindern und Jugendlichen auch hier mehr queersensible Angebote geschaffen werden.

Die Lage von LSBTTIQ* Jugendlichen und jungen Erwachsenen wollen wir GRÜNEN besonders durch Sensibilisierung, Aufklärung und Schutz durch Wohnraum verbessern. Sensibilisierung des Gesundheits- und Rettungswesen besonders in Bezug auf Trans* und Inter*, damit diese Menschen keine Angst mehr haben müssen ins Krankenhaus eingeliefert zu werden. Ausbau der Aufklärung an Schulen und in Jugendzentren, damit alle Jugendlichen an allen Schulformen und in allen Stadtteilen erreicht werden. Schutz durch Wohnraum, besonders für queere Jugendliche, die aus ihren Familien fliehen mussten, aber auch queere Geflüchtete.

1.2

Ein wichtiger Gradmesser, um die Situation von LSBT*Q-Jugendlichen zu erfassen, sind empirische Studien wie etwa in Form von Kinder- und Jugendbefragungen. Mit welchen Instrumenten wollen Sie eine Veränderung der Lebenssituation von LSBT*Q-Jugendlichen messen und überprüfen?

Das „Kinder- und Jugendbüro“, gemeinsam getragen vom Verein „Kölner Jugendring“ und der Stadt, wurde in der vergangenen Wahlperiode von uns ins Leben gerufen. Das Büro entwickelt

Konto: GRÜNE KÖLN, Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE62 3702 0500 0008 1443 00,

BIC: BFSWDE33XXX

Kooperationsstrategien und ist Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen werden wir GRÜNEN weiter systematisch ausbauen, bspw. durch Beiräte auf Stadtebene und in den Bezirken oder Beteiligungen der Schüler*innenvertretung bei der Schulentwicklung (z. B. bei der baulichen Gestaltung der Schule), aber es sollen auch neue innovative Formen der Teilhabe ausprobiert werden.

2018 wurde die erste stadtweite Kinder- und Jugendbefragung in Köln durchgeführt und diese nach ihren Wünschen und Meinungen gefragt. Zukünftig werden wir GRÜNEN noch mehr drauf achten, dass die Bedürfnisse von LSBTTIQ*-Jugendlichen dabei mitgedacht werden. Wie notwendig dies ist, hat auch die aktuelle Befragung des anyway unter queeren Jugendlichen gezeigt.

1.3

Wie wollen Sie auf Ebene der Verwaltung und Politik sicherstellen, dass die Bedarfe und Interessen von LSBT*Q-Jugendlichen bei kinder- und jugendpolitischen Themen berücksichtigt werden?

Die Queerpolitik ist sowohl in der Verwaltung als auch für unsere Fraktion im Rat eine Querschnittsaufgabe und in allen Lebensbereichen und Ausschüssen relevant. Deswegen ist es notwendig die Queerpolitik zu stärken, damit auch bei kinder- und jugendpolitischen Themen diese Perspektive immer mitgedacht wird. Wir GRÜNEN wollen, dass im Jugendhilfeausschuss wieder Träger vertreten sind, die eine eindeutige Queer-Kompetenz haben. Die Umsetzung des „Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ wird dabei in der kommenden Wahlperiode besonders wichtig sein. Mit dem kommunalen Handlungskonzept wird die Queerpolitik als Querschnittsthema auch im Handlungsfeld Kinder- und Jugendliche in die Verwaltung eingebracht und verankert. Zudem wollen wir GRÜNEN die „Fachstelle LSBTI“ in der Stadtverwaltung aufstocken, damit die queeren Projekte immer mitgedacht, umgesetzt und begleitet werden können.

2.1

Wie wollen Sie darauf hinwirken, dass in pädagogisch arbeitenden Einrichtungen von Kindertagesstätten bis Offener Ganztage und vom Jugendzentrum bis zum Sportverein ein akzeptierendes Umfeld für LSBT*Q-Heranzwachsende herrscht?

In Köln muss es das Ziel sein, alle Kinder und Jugendlichen mit der Aufklärungsarbeit für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt zu erreichen und an allen Orten, wo sich Jugendliche aufhalten ein Umfeld zu schaffen, in dem LSBTTIQ*-Jugendliche keine Diskriminierung fürchten müssen. Dafür werden wir GRÜNEN die Aufklärungsarbeit weiter ausbauen, an allen Schulformen und in offenen Jugendzentren, besonders denen der Stadt Köln. Hierzu passt es, dass wir in dieser Wahlperiode darum gebeten haben, dass die Umfrage des anyways nicht nur im Jugendhilfeausschuss sondern auch im Schulausschuss vorgestellt wird. Zudem werden wir GRÜNEN mit dem Aktionsplan dafür sorgen, dass diese Perspektive von der Stadt in ihrer Arbeit in allen Bereichen immer beachtet wird.

2.2

Ein wichtiger Beitrag zur Diskriminierungsfreiheit leisten Aufklärungsprojekte. Die Stadt Köln fördert aktuell die Aufklärungsarbeit in Form der Projekte „WiR* - Wissen ist Respekt“ und „Schlau Köln“. Mit ihren aktuellen Kapazitäten erreichen die Projekte etwa einen Bruchteil der Neuntklässler*innen. Wie wollen Sie dazu beitragen, dass alle Schüler*innen der neunten Klasse zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt aufgeklärt werden?

WiR und Schlau bilden einen wichtigen Baustein in der Aufklärungsarbeit an Schulen. In der vergangenen Wahlperiode haben wir GRÜNEN die Aufklärungsarbeit ausgebaut. Aufgrund des hohen Bedarfs und der hohen Nachfrage stoßen die Projekte allerdings an ihre Grenzen. Das Ziel muss sein, alle Schüler*innen, egal welcher Schulform und in welchem Stadtteil, zu erreichen. Die Schulaufklärung muss außerdem weiter ausgebaut und neue Konzepte entwickelt werden, wie auch die Verwaltung proaktiv auf Schulen zugehen kann.

2.3

In Köln gibt es insgesamt 295 Schulen von der Grundschule bis zum Weiterbildungskolleg. Nur 8 Schulen (darunter keine Grundschule) sind in Köln eine „Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie“ und bekennen sich damit dazu, Diskriminierung gegen LSBT*Q aktiv

entgegentreten. Wie möchten Sie erreichen, dass mehr Schulen gegen Diskriminierung aktiv werden?

Über „Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie“ hinaus ist es wichtig, dass alle Schulen gegen Diskriminierung von LSBTTIQ vorgehen und ein Umfeld schaffen, an dem sich alle Kinder und Jugendlichen frei entfalten können. Initiativen für „Schulen der Vielfalt“ müssen – wenn sie langfristig erfolgreich sein wollen – von den Schulen selbst ausgehen, dies kann auch durch die Eltern oder Schüler*innenvertretung geschehen. Wir GRÜNEN haben die gute und kritische Arbeit der Eltern- und Schüler*Innenvertretung in der vergangenen Wahlperiode auch finanziell unterstützt und werden es weiter tun. Wichtig ist es, über die gute Arbeit öffentlich zu reden und ihnen z.B. im Ausschuss ein öffentliches Forum zu geben. Hier könnte auch das Kinder- und Jugendbüro eine aktive Rolle übernehmen.

2.4

Erzieher*innen, Pädagog*innen, Sozialarbeiter*innen und insbesondere Leitungskräfte in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sind wichtige Multiplikator*innen, um LSBT*Q-akzeptierende Räume zu schaffen. Oft fehlt Ihnen aber die Einblicke und fachliche Wissen zur Lebenssituation von LSBT*Q-Jugendlichen und ihren Bedarfen. Unterstützen Sie eine kommunale Förderung einer hauptamtlichen Fachberatung für diese Multiplikator*innen?

Neben Schulen gibt es viele pädagogische Einrichtungen in der Stadt. Die Stadt muss als Vorbild vorangehen und besonders bei denen unter Leitung der Stadt stehenden Einrichtungen Sensibilität und Möglichkeiten, sich an Person, die in diesem Thema ausgebildet sind, zu wenden, schaffen. Als erstes steht die Öffnung der Jugendzentren im Bereich Queer. Das heißt, dass die Queere Kompetenzen in Jugendzentren ausbauen werden sollen, besonders bei städtischen. Für uns gehört Queere-Kompetenz aber auch in das Fortbildungsprogramm des Landesjugendamtes.

2.5

Das Schulgesetz in NRW formuliert sehr eindeutig, dass Schule auch die „Förderung der Akzeptanz unter allen Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Identität“ unterstützen solle. Gleichzeitig berichten Schüler*innen davon, dass die Wissensvermittlung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt oft kein Thema in ihrer Schullaufbahn ist. Unterstützen Sie eine Reform der Lehrplänen in der LSBT*Q-Lebensweisen und die Aufklärung darüber zum Pflichtteil wird? Wie wollen Sie hier auf Landespolitik im Interesse der Kölner Schüler*innen Einfluss nehmen?

Auf Landesebene setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, dass LSBTTIQ*-Themen im Unterricht und in Unterrichtsmaterialien verstärkt einbezogen werden. Durch unseren direkten und stetigen Austausch mit unseren Landtagsabgeordneten unterstützen wir GRÜNEN diese landespolitischen Zielsetzungen. In Köln wäre es möglich, mit einem Modellprojekt in Kooperation mit der Uni Queere Kompetenzen bei der Lehrer*innenausbildung zu stärken.

2.6

Junge LSBT*Q erleben auch in der Ausbildung und Beruf immer wieder verschiedene Formen von Diskriminierung. Die Stadt Köln bietet im Jahr 2020 insgesamt 350 Ausbildungsplätze an. Planen Sie, eine verpflichtende Weiterbildung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in städtischen Ausbildung und dualen Studiengänge aufzunehmen?

Die Stadt muss beim Schutz vor Diskriminierung, aber auch als Arbeitgeberin als Vorbild vorangehen. Deswegen ist es notwendig, dass nicht nur bei der städtischen Ausbildung queere Themen berücksichtigt werden. Generell muss die Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit in städtischen Ämtern und Einrichtungen verstärkt werden.

3.1

In Köln leben 179.657 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 und 27 Jahren. Konservativ geschätzt (10 Prozent der Gesamtbevölkerung) sind darunter 17.965 junge LSBT*Q. Aktuell fördert die Stadt Köln die offene Jugendarbeit für LSBT*Q mit 2,5 Vollzeitstellen. Dieser Personalschlüssel besteht seit 20 Jahren und wurde zu einer Zeit geschaffen, als noch wesentlich weniger Jugendliche offen zu ihrer sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität stehen konnten und entsprechende

Angebote der offenen Jugendarbeit nicht ohne stigmatisierende Hürden möglich waren. Inwiefern planen Sie, diesen Personalschlüssel den aktuellen Gegebenheiten, also mehr sichtbaren und erreichbaren LSBT*Q-Jugendlichen, anzupassen?

Köln ist ein Anziehungspunkt für viele queere Menschen, besonders Jugendliche und junge Erwachsene. In der vergangenen Wahlperiode haben wir GRÜNEN deswegen das anyway mit einer neuen Stelle unterstützt. Es ist wichtig, queere Strukturen gezielt zu fördern und deren Finanzierung nun auch abzusichern. Daneben müssen vorhandene Strukturen für queere Menschen geöffnet werden, damit queere Jugendliche stadtweit gezielt vor Ort erreicht werden können.

3.2

Die LSBT*Q-Jugendarbeit ist in Köln nicht am Sozialraum orientiert. Sie findet ausschließlich in der Innenstadt statt. Sie ist somit insbesondere für Jugendliche aus dem rechtsrheinischen Stadtgebiet und für Jugendliche mit geringerer Mobilität mit Hürden verbunden. Welche Maßnahmen planen Sie, um eine sozialraumorientierte, offene Jugendarbeit für LSBT*Q zu etablieren?

Nach unserer Erfahrung nutzen queere Jugendliche über die Stadtgrenzen hinaus, gerne die klassischen Anlaufpunkte und die bekannten Jugendzentren wie das anyway. Daneben muss die queere Kompetenz aber auch in allen anderen Strukturen gestärkt werden – in den Jugendzentren, durch Fortbildung und Aufklärung etc. Ebenso sind alternative und selbstverwaltete Räume, mit queerfeministischen und intersektionalen Schwerpunkten, für die Jugendlichen in der Stadt wichtig.

3.3

Es gibt keine*n spezialisierte*n Mitarbeiter*in im Jugendamt, die*der für LSBT*Q-Themen verantwortlich ist und dieses Thema als Querschnittsaufgabe intern vertritt und nach außen als Ansprechpartner*in für Einrichtungen fungiert. Welche Notwendigkeit zur politischen Handlung sehen Sie?

Die Zusammenarbeit zwischen Trägern und Jugendamt findet im Wesentlichen durch und in den gemeinsamen durch das Jugendhilfegesetz definierten Arbeitsgruppen statt. Hier und auch im Jugendhilfeausschuss können alle Träger ihre Bedarfe anmelden und diskutieren. Wir GRÜNEN treten für queere Kompetenz in allen Bereichen ein. Eine offene Debatte über Verbesserungen führen wir gern.

3.4

Die am wenigsten überwindbaren Konflikte erleben LSBT*Q-Jugendliche im Elternhaus. Aufgrund von Abhängigkeitsstrukturen sind sie psychischer und körperlicher Gewalt durch Familienmitglieder am stärksten ausgesetzt. Inwiefern unterstützen Sie eine Erziehungsberatung nach §28 SGB VIII und eine sozialpädagogische Familienhilfe?

Wir GRÜNEN treten konsequent für den Schutz von Jugendlichen vor Gewalt ein – egal welche Ursache sie hat. Wir unterstützen bisher Rubikon und anyway mit ihren Angeboten sowie Erziehungsberatungsstellen. In den Hilfesystemen wollen wir die queere Kompetenz weiter stärken.

3.5

Notunterkünfte für LSBT*Q-Jugendliche und junge Erwachsene, die älter als 21 Jahre alt sind, in Köln nicht existent. Immer wieder sind Jugendliche von Wohnungslosigkeit bedroht, wenn sie aufgrund nicht aushaltbarer Zustände ihr Zuhause verlassen müssen oder aus diesem Grund nach Köln kommen. Couchsurfing, verdeckte und tatsächliche Obdachlosigkeit sowie die Gefahr von sexueller Ausbeutung und Abhängigkeit sind die Folge. Insbesondere junge Erwachsene sind davon betroffen. Welche Maßnahmen sterben sie dagegen an? Inwiefern unterstützen Sie eine Clearing- und Notschlafstelle für junge LSBT*Q ohne Wohnsitz?

In Deutschland haben wir keine Zahlen dazu, wie hoch der Anteil von LSBTTIQ* unter den Obdach- und Wohnungslosen ist. Erhebungen bspw. aus USA und Kanada suggerieren, dass besonders bei Jugendlichen bis zu 50% aller Obdach- und Wohnungslosen eine queere Identität haben. Diese Zahlen lassen sich natürlich nicht eins-zu-eins auf Deutschland und Köln übertragen, zeigen aber, dass dieses Dunkelfeld bearbeitet werden muss. Deswegen ist es dringend notwendig sensibel Zahlen von wohnungs- und obdachlosen LSBTTIQ* Jugendlichen zu erheben, nur so können wir zielgerichtete

Hilfen zu entwickeln. Jugendliche und junge Erwachsene, die von Zuhause fliehen mussten und aus Köln oder nach Köln kommen, müssen wir unterstützen und Sicherheit geben. Der effektivste Schutz ist durch Wohnraum.

4.1

Als 1998 in Köln die Jugendarbeit für Jugendliche sexueller Minderheiten gestartet wurde, sprach man von schwulen, lesbischen und bisexuellen Jugendlichen. Mittlerweile sind neue Zielgruppen zur LSBT*Q-Jugendarbeit hinzugekommen: (1) trans*-Jugendliche, (2) LSBT*Q-Jugendliche mit zusätzlicher Migrations- und Fluchterfahrung und (3) LSBT*Q-Jugendliche mit zusätzlicher körperlicher und/oder geistigen Behinderung. In Köln gibt es keine dauerhafte kommunale Strukturförderung für eine dieser Zielgruppen in der offenen Jugendarbeit. Setzen Sie sich dafür ein, diese zu schaffen?

Die unterschiedlichen Perspektiven von queeren Menschen in Köln sichtbar zu machen, ist unser Anliegen. Dabei ist es sowohl wichtig die einzelnen Gruppen unserer Community zielgerichtet zu fördern, wie wir GRÜNEN es beispielsweise mit der Förderung für die Trans*-Beratung und Unterstützung der queeren Flüchtlingsarbeit getan haben. Gleichzeitig ist es aber notwendig den intersektionalen Ansatz auszubauen und zu fördern, auch in der Jugendarbeit. Wir GRÜNEN denken in Köln die verschiedenen Identitäten und Bedürfnisse in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen mit.

4.2

Trans*, inter und nicht-binäre Jugendliche und junge Erwachsene erleben strukturelle Gewalt in einer Welt, die nach heteronormativen Gesichtspunkten von Mann und Frau konstruiert ist. Dies betrifft unter anderem geschlechtergetrennte Räumlichkeiten nach Mann und Frau (z.B. Sportumkleiden, Toiletten) ebenso wie Sprachformulierungen (z.B. Homepage der Stadt Köln, Formulare). Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um strukturelle Diskriminierung in städtischen Einrichtungen wie Bibliotheken, Bürgerzentren, Sportanlagen, Schulen, Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit etc. anzupassen?

Wir GRÜNEN treten dafür ein, für alle queere Menschen Diskriminierungen abzubauen und ein Umfeld in der Stadt zu schaffen, in dem alle glücklich und sicher leben können. Diskriminierungsfreie Sprache ist ein Teil dessen. In der kommenden Wahlperiode werden wir uns besonders dafür einsetzen, dass in allen Kölner Kliniken und im Rettungsdienst Sensibilisierungsmaßnahmen und Fortbildungen im Bezug auf Trans* und Inter*-Menschen eingeführt werden, damit keine*r mehr Angst haben muss ins Krankenhaus zu kommen. Wir wollen, dass die Stadt als Vorbild voran geht und Schutzräume schafft und Diskriminierung weiter abbaut, auch wenn es um geschlechtsgetrennte Räumlichkeiten oder binäre Formulierungen geht.

4.3

LSBT*Q-Jugendliche mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung stehen oft vor der Entscheidung eines Coming-outs und damit eines freien Lebens oder dem Verstecken der sexuellen und geschlechtlichen Identität, um in keinen Konflikt mit dem oft sehr migrantischen geprägten Familien und Freundeskreis zu gelangen. Mit welchen Vorhaben möchten Sie Familien von LSBT*Q-Jugendlichen mit Migrationshintergrund sensibilisieren und wie den betroffenen Jugendlichen selbst helfen?

Homo- und Trans*-Feindlichkeit sind ein generelles Problem, ob gebürtig deutsch oder zugezogen. Dieser Menschenfeindlichkeit werden wir uns durch Schutz der Betroffenen und Aufklärung entgegenstellen. Queere Jugendliche mit Migrationshintergrund haben aber zum Teil andere Bedürfnisse. Durch die Sensibilisierung von Migrat*innen-Selbstorganisationen und interkulturellen Zentren wollen wir mit unserer Aufklärungsarbeit versuchen, diejenigen zu erreichen, die von der bisherigen Aufklärung nicht erreicht wurde. Das beinhaltet auch das zur Verfügung stellen von mehrsprachigen Materialien.

4.4

LSBT*Q-Jugendliche mit Behinderung stehen vor besonderen Situationen der Mehrfachdiskriminierung. Wie sollen diese Jugendlichen in der Behindertenarbeit der Stadt zukünftig mitgedacht werden? Welche Strukturen wollen Sie politische ermöglichen, um LSBT*Q-Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen aufgrund einer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung an der LSBT*Q-Jugendarbeit teilhaben lassen?

Die Barrierefreiheit in der Stadt sicherstellen, ist unser Anspruch als GRÜNE. Deswegen drängen wir GRÜNEN darauf, dass für alle städtisch geförderten Institutionen und Projekte ein Barrierefreiheitskonzept erarbeitet wird, das sich auf Personal, Programm und Publikum bezieht. Außerdem wirken wir darauf hin, dass bis 2030 die personellen, organisatorischen und baulichen Voraussetzungen für eine flächendeckend inklusive Schullandschaft in Köln geschaffen werden. Wir GRÜNEN setzen zudem immer darauf, die Selbstorganisation der Betroffenen zu stärken und diese aktiv zu unterstützen. Die Angebote der städtischen Jugendzentren hinterfragen wir in den Gremien immer wieder, um diesen Prozess zu unterstützen.

4.5

Welche weiteren Missstände im Bezug auf die Lebenssituation von jungen LSBT*Q sind Ihnen zusätzlich aufgefallen? Mit welchen Ansätzen und Konzepten wollen Sie diese beseitigen?

Auch in Köln erleben queere Jugendliche und junge Erwachsene Gewalt – die erschreckenden Fakten hat die aktuelle Umfrage des anyway noch einmal nachdrücklich belegt und dem Selbstbild der Stadt einen deutlichen Spiegel vorgehalten. Gleichzeitig gibt es aber beim Erleben von Hasskriminalität keine hohe Anzeigebereitschaft. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die Anlaufstellen bei der Polizei im Umgang mit homo- und trans*-feindlichen Vorfällen sensibilisiert werden.

B. Eschmann

Britta Eschmann

Wahlkampfmanagerin

GRÜNE KÖLN